

Gemeindewahlen und Abstimmungen 2009

17. Mai

27. September

29. November

Abstimmungsergebnis vom 29. November 2009

- Die Minarettinitiative wurde bei einer Stimmbeteiligung im Kanton Bern von 60% klar angenommen.
- Die Initiative für das Verbot von Kriegsmaterial wurde abgelehnt.
- Die Spezialfinanzierung des Luftverkehrs wurde angenommen.
- Das Stimmrechtalter 16 wurde klar abgelehnt.

Herzlichen Dank für die Unterstützung im Abstimmungskampf und an der Urne.

1

29. November 2009 Stopp Minarett



EDU engagiert sich für die Glaubens- und Religionsfreiheit sowie den religiösen Frieden

"Minarette bergen Konfliktpotenzial in sich"

Die EDU begrüsst den Entscheid des Bundesrats, dass am 29. November über die Volksinitiative "gegen den Bau von Minaretten" abgestimmt wird. Sie will die Glaubens- und Religionsfreiheit erhalten, aber den in der Verfassung garantierten religiösen Frieden nicht gefährden. Darum sieht sie im Minarett Konfliktpotenzial. Denn: *"Ein Minarett ohne Minaretttrüfer (Muezzin) macht keinen Sinn! Es ist so sicher wie das 'Amen in der Kirche', dass bald Gebetsrufer folgen und den Islam und Allah 'als den Grössten' propagieren"*, meint EDU-Grossrat Andreas Brönnimann (edu, Belp BE).

Abstimmungen 2009

Die Minarettverbots-Initiative soll nicht in eine Diskussion über den Islam umfunktioniert werden. Vielmehr setzt die Initiative ein Zeichen gegen das Minarett als Symbol für den politischen, erobierungswilligen Islam. **"Menschen, die aus islamischen Ländern geflüchtet sind, wollen in ihrer neuen Heimat keinen starken Islam. Das Minarett ist das Symbol dafür"**, sagte der ehemalige Korrespondent von Radio DRS und NZZ Dr. Heinz Gstrein an einem EDU-Seminar.

Für Glaubensfreiheit, für den religiösen Frieden – und darum gegen Minarette!

Minarett und Muezzin: Minarette ohne Gebetsrufer machen keinen Sinn; sie gehören zusammen
Konfliktpotenzial: Minarette haben Potenzial, den religiösen Frieden in der Schweiz zu stören
effizientes Instrument: die Minarettverbots-Initiative bekämpft nicht Symptome, sondern löst ein Problem, bevor es entstanden ist
einheitliche Lösung: ein Bauverbot in der Verfassung gewährleistet eine landesweit gültige Lösung
Glaube braucht keine Türme! Ein Bauverbot für Minarette verletzt die Glaubensfreiheit nicht, aber Minarette können den religiösen Frieden in der Schweiz gefährden
es geht auch ohne: "Felsendom" und Al-Aksah-Moschee in Jerusalem haben ebenfalls kein Minarett
Kirchtürme sind keine Minarette: Kirchtürme sind Teil unserer Kultur und nicht mit Minaretten gleichzusetzen; Kirchenglocken sind wertneutral und damit keine "Gebetsrufer"

Den Islam verstehen: *"Beim Islam geht es nicht nur um eine Religion, sondern um einen Glauben, der sich in allererster Linie politisch manifestiert. Das geschieht nicht demokratisch, sondern durch ein absolutes Machtstreben zur Erringung von Herrschaft und Macht."* (Dr. Heinz Gstrein)

Verzicht: *"Jede Religionsgemeinschaft ist aufgerufen, ihren Beitrag zum Erhalt des religiösen Friedens zu leisten!"*, fordert EDU-Nationalrat Christian Waber; dazu gehört der Verzicht auf Minarette
schon bestehende Einschränkungen: bereits heute dürfen z.B. Juden und Moslems nicht schächten, dürfen keine Kruzifixe im öffentlichen Raum aufgehängt oder Tote nicht öffentlich verbrannt werden.

2

Service: ein Argumentarium steht demnächst zur Verfügung

Infos:

- Nationalrat Christian Waber (Wasen i.E., BE), 079 411 00 30
- Grossrat Andreas Brönnimann (Belp BE), 079 356 29 70
- Parteipräsident Hans Moser (Buchs SG), 079 610 42 37

Abstimmung vom 27. September 2009

Das HarmoS-Konkordat ist im Kanton Bern angenommen worden.

Die Mehrwertsteuererhöhung zur Sanierung der IV ist ebenfalls angenommen worden. Beide Vorlagen wurden von der EDU zur Ablehnung empfohlen.

Herzlichen Dank allen, die zum Gelingen des Referendums beigetragen und sicher auch im Vorfeld der Abstimmung aktiv mitgeholfen haben.



An diesem Abstimmungwochenende dürfen wir über HarmoS abstimmen. Das Referendum war ja zustande gekommen und somit darf die Bevölkerung ihre Meinung kundtun.

An der Delegiertenversammlung vom 28. August 2009 wurden folgende Parolen gefasst:

- Nein zu HarmoS
- Nein zur Mehrwertsteuererhöhung zur Sanierung der IV
- Ja zum Verzicht der Einführung der allgemeinen Volksinitiative

Abstimmung vom 17. Mai 2009

Der Biometrische Pass wird eingeführt. Die Bevölkerung hat dem Antrag zugestimmt. Der Kanton Bern hat diesen Antrag abgelehnt.

Die Komplementärmedizin wird in Zukunft in der Grundversicherung der Krankenkasse enthalten sein.

Abstimmungs-Parolen der EDU für den 17. Mai 2009

Verfassungsartikel "Zukunft mit Komplementärmedizin": Nein

Als Pro-Referent sprach Dr. med. FMH Björn Riggerbach und erläuterte das Anliegen der ehemaligen Volksinitiative und des Gegenvorschlages von Bundesrat und Parlament für einen neuen Zusatz in der Bundesverfassung, der Gesetzgeber und Kantone verpflichtet, den alternativen Behandlungsmethoden im Gesundheitswesen entsprechende Beachtung zu schenken. Den Kontra-Standpunkt vertrat Dr. med. Daniel Beutler. Nach kurzer, intensiver Diskussion beschlossen die Delegierten der EDU-CH die Nein-Parole wie folgt: einstimmige Nein-Parole mit zwei Enthaltungen.

Einführung von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizerpass: Nein

Vorgängig informierte alt Nationalrat M. Wäfler über den Inhalt der Vorlage. Anschliessend begründete M. Wäfler seine Empfehlung für die Nein-Parole. Hr. Dr. rer. Oec. Jan Atteslander von economiesuisse vertrat die Ja-Parole und bat die Delegierten, im Interesse von Reisefreiheit, Tourismus und der Weiterführung des Schengen-Dublin-Abkommens, der Vorlage zuzustimmen. Nach erfolgter Diskussion beschlossen die Delegierten der EDU Schweiz mit 9 Ja, 44 Nein und 6 Enthaltungen die Nein-Parole.